



ARCHIWUM  
LEGIONÓW

i N. K. N.

Nr 613

Dr. Max Goldschmidt  
Bureau für Zeitungsausschnitte  
RLIN N. 4      Telefon: Norden 3051.

ist aus:

Vormer, W. H. G. 19.



## Türmers Tagebuch

### Der Krieg

**A**ls Polen erobert wurde, so wird der „Kreuzzeitung“ (Nr. 266) von hochgeschätzter Seite geschrieben, „das ich bei dieser und einer früheren Gelegenheit (Herbst 1914) kreuz und quer durchritten hatte, schrieb ich einen kurzen Abriss: ‚Darf Deutschland in Schlesien und Posen eine Irredenta schaffen?‘ (Die kurzen Ausführungen befinden sich bei den Akten eines hohen Stabes.) Mich drängte damals die Sorge, daß etwa ein regierungsseitig übereilter Schritt den großpolnischen Aspirationen Nährstoff bieten könne. — Man muß Polen behandeln wie ein zu erziehendes Kind: guten Betragen folgt eine Belohnung, Ungezogenheiten harte Strafe.

An der russisch-polnischen Grenze angesessen, kenne ich bewusst seit 3 Jahren alle politischen Regungen dieses gemischtsprachigen Landesteils, kenne alle Erfolge — und Mißerfolge! — unserer Ostmarkenpolitik. — Es gibt kaum einen brauchbareren, fähigeren Staatsbürger, als den polnisch sprechenden Oberschlesier. Aber nur unter einer Bedingung: daß er die harte Faust einer kraftvollen Regierung im Genick fühlt. — Nachgiebigkeit, Schwäche ihm gegenüber zeitigt sofort: Dreistigkeit, Unbotmäßigkeit, Forderungen auf sprachlichem Gebiete, die meist völlig utopisch genannt werden müssen.

Ich sage mir: Hat sich die energische Haltung unserer Regierung innerhalb der letzten 20 Jahre bewährt — und sie hat sich glänzend bewährt! —, so muß dieses System auch auf die eroberten polnischen Lande Anwendung finden. — Und dies so lange, bis sich

1. die neuen Grenzen aus dem Weltkriege herauskristallisiert haben, bis
2. Beweise der polnischen Loyalitäten in ausreichendem Maße gegeben wären.

Freiheitserklärungen ohne Garantien, sagte ich, sind ein Unglück. — Worin diese Garantien zu bestehen hatten, sei hier nicht erörtert. Man hätte sie — um nur einige mögliche Objekte zu streifen — in einer innerhalb bestimmter Frist für die Centralmächte verfügbaren wohldisziplinierten polnischen Armee suchen können, — sie hatten in der provisorischen Besatzung der polnischen Grubenschätze gefunden werden können, in einer festen Abgabe der recht entwickelten Textil-



industrie (Lodz) u. a. m. Allmählich hätte sich eine Staatsform für das eroberte Polen gefunden, dergestalt, daß es bei wirtschaftlicher absoluter Abhängigkeit von Deutschland resp. Österreich-Ungarn diesen Ländern auch in politischer Hinsicht unlösbar angegliedert werden konnte. Deutsche Besatzungstruppen bildeten absehbare Zeit Handschellen gegen jede unerwünschte Bewegung. Auf die polnische Polen ein Sicherheitskoeffizient Deutschlands nach Osten werden, ein Prellbock zum mindesten gegen slawische Überflutung. Ob sich dynastische Beziehungen schaffen ließen, ist eine sekundäre, auch weniger wichtige Frage, derlei Einflüsse immer mehr schwinden und sich Regenten bereits (Rumänien) zweiter, längstens dritter Generation mit den Interessen ihres Landes zu identifizieren pflegen, zum mindesten aber nicht mehr gegen den Volksstrom schwimmen können.

Daß man alle wirklich unbequemen und unlauteren Elemente in Polen gar nicht rücksichtslos noch vor Friedensbeginn nach Rußland abschieben mußte, war eine so selbstverständliche Pflicht, daß ich es damals kaum für nötig hielt, sie zu erwähnen. Ich dachte, daß der Selbsterhaltungstrieb uns eo ipso hierzu veranlassen würde.

Auf die Art wäre Polen allmählich ein erträglicher, vielleicht sogar guter Nachbar geworden. Oberschlesiens und Posen's treue Söhne konnten wirtschaftlich — und das haben sie wohl verdient — reich gelohnt werden. Sie mußten deutlich die Fürsorge der Regierung fühlen. Auch das Enteignungsgesetz (ein totgeborener, unseliger Wechselbalg, besonders in der Hand unserer Regierung) konnte aufgehoben werden — als Beweis ganz besonderen staatlichen und politischen Entgegenkommens, aus Rücksicht auf die „nationalen Tätigkeits- und Entfaltungsfähigkeiten“ Österreich-Ungarns. Die polnischen Landesteile in Schlesien-Posen waren auf dem besten Wege, sich anzupassen. Denn die Bevölkerung des flachen Landes ist loyal bis in die Knochen. — Das hat der Krieg bewiesen. — Träger der „polnischen“ Bewegung ist lediglich der katholische Klerus. Er mußte bei sorgfältigster Auswahl der zuständigen Bischöfe und möglichst vorsichtiger, nie aber schwächlicher Politik, im ungünstigsten Falle in seiner jetzigen praktischen oder politischen Machtfülle erhalten werden. . .

Es gibt ein häßliches politisches Wort: Fortwurfeln. Ich betone aber: Wenn wir bei vorsichtiger, schrittweiser, allmählicher do-ut-des-Politik innerhalb einer Generation den polnischen Nachbarstaat schufen, in Schlesien-Posen aber „fortwurfelten“ wie bisher: dann war viel gewonnen. Dann konnte ein Nachbar erstehen, mit dem sich leben ließ, und immer festere Bande kitteten Schlesien und Posen — auch in ihren gemischtsprachigen Teilen — an das deutsche Vaterland. — Nach Kurlands Eroberung nahm gleichzeitig mit mir wohl der überwiegend größte Teil aller urteilsfähigen deutschen Männer es als ganz selbstverständlich an, daß man mit dem durch deutschen Adel in seinem Gerippe schon eo ipso loyalen Kurland dieses enorm entwicklungsfähige Land als starken „Flankenschub“ des polnischen Vetzters im deutschen Interesse verwenden, es Mitteleuropa angliedern würde.

Das etwa waren meine Forderungen am Ende des zweiten Kriegsjahres, das waren die Forderungen, die ich an unsere Regierung stellte. Ich bin überzeugt:

hunderttausende deutscher Männer — und nicht die schlechtesten unter ihnen — töten sie.

Inzwischen ist einer der schwersten Winter zur Küste gegangen, die wir jetzt haben in den letzten Jahrzehnten, brausen Frühlingsstürme durch das Land, der U-Boot-Krieg mit aller Kraft im Gange — und in felsenfestem Vertrauen unserer obersten Heeresleitung habe ich stets all den übereifrigen Drängern zugerufen: Wartet doch! —, haben wir Ostern gefeiert, das Auferstehungsfest, und feiern nun Pfingsten.

Was haben uns diese Monate gebracht, wie hat sich unsere Lage verschoben? bonam — in malam partem? Trennen wir scharf: Sie Volk in Waffen — dort einatmet.

Wir haben zwei Millionen Tonnen und mehr feindlicher, meist englischer Handelstonnage versenkt, wir sehen John Bull mit trüber Miene berechnen, einmal, wie lange seine Tonnage überhaupt noch ausreichen kann — trotz Seeraub, Leubau, Zwang der Neutralen —, weiter aber: wie lange er noch das Inselvolk ernähren und damit den Krieg lebendig erhalten kann. Die Bilanz ist hart für uns, günstig, recht günstig für unsere Interessen.

Das Angewitter der ersten großen Frühjahrsoffensive hat sich an unserer „Siegfried-Stellung“ ausgetobt — ein Durchbruch unserer Front ist nicht erfolgt und ist nie zu erwarten.

Damit könnten wir sehr, sehr zufrieden sein. Was für Wolken aber sind es, die uns die Freude am Sonnenschein der Waffenerfolge trüben? Amerika? Die Briten? Die Japaner? Die Vereinigten Staaten? — Gewiß: schade um die Schiffe, um die Art für die erste Beschaffung der Rohstoffe — aber das alles soll uns nicht vertrießen, das alles können wir tragen mit der Gelassenheit dessen, der schon größeres Nöthgeschick zu tragen und zu meistern wußte. Unsere Ernährungsorgen? Bitter gemacht durch die Überfülle oft unsäglich überflüssiger Verordnungen und Einrichtungen — leicht gemacht durch die wohl jedem Denkenden innewohnende Überzeugung: Ob Krieg, ob Frieden, das ändert bis zur neuen Ernte — und darauf allein kommt es an — nichts an der Menge resp. Knappheit unserer Vorräte.

Also nochmals: Welche Wolken drohen?

Kurz gesagt: der Jammer aller Klarsiehenden darüber, daß die Erfolge der Front hinter der Front verschleudert werden, daß wir zwar einen Hindenburg, einen Ludendorff haben, zu dem jeder deutsche Mann mit Stolz und Vertrauen emporsieht, daß wir aber hinter der Front nicht einen (ich betone: nicht einen) Mann haben (? D. T.), von dem wir sagen können: der ist's! der steuert Deutschlands Schiff recht, durch die Brandung von heute, durch die Stürme der Zukunft, in den Hasen des Friedens. Wir haben ihn bestimmt nicht unter unseren jetzt „Reinierenden“ — und er hat sich aus der Menge der anderen Verantwortlichen noch nicht herauskristallisiert. Wäre dies der Fall: das deutsche Volk wäre gesund genug, die Spreu von der Tenne zu fegen und zu rufen: Du bist der Nothelfer! Wir wollen dir folgen, auch wenn uns das Wasser — wie jetzt — bis an die Seele steigt.

Inzwischen: 1. Wir haben im Verein mit der k. u. k. Nachbarregierung ein Polenreich, ein selbständiges, ausgerufen, auf die freundliche Mitteilung eines

Vertrauenskomitees hin, daß wir dann in wenig Monaten 600 000 Mann polnischer Legionäre unter unseren Fahnen sehen würden. 12 Korps. Man denke! Heutei uns? Gab es je eine bessere, eine vielseitigere ‚Volkschule‘ in des Wortes Tages: Ein rocher de bronze. (Daß wir durch eine ähnliche geplante ‚Erklärerwegenster Bedeutung? Doch wozu über Dinge hadern, die sich nicht mehr Rußlands‘ zu diesem übereilten Schritt gedrängt wurden, ist entweder ein Ammüßgängig machen lassen? Nie wieder läßt sich das Rad zurückdrehen. Der ins märchen, oder aber, so frage ich: Stehen die Russen in Polen, oder hielten sollen gekommene Stein wird stets seinen Weg finden. Fraglich ist nur: Gibt es mit eisernem Griff umklammert?)

2. In vollem Gegensatz zu der ober-schlesischen Hezpresse, zu den Erklärungen Korfantys, zur Stimmung innerhalb Polens, erklärt Fürst Radziwill (etwa Ichniowski) Ich behaupte: es gibt nur eine Möglichkeit: Kurland so stark wie möglich bindlich auch nur für eine Handvoll für uns wertvoller Hintermänner?) sein machen, als Flankenschutz gegen Polen, als deutsches Kron-, Korn- — ich betone — seine lauterer Gefinnungen, Pläne, Wünsche für Neudeutschland Soldatenland. Gelingt das, so lassen sich strategische Linien finden, die einem unsere Quittung: Es fällt das Enteignungsgesetz — immerhin, ein Sperriegeneuten Sturm aus Osten Halt gebieten. Diese Linien dürfen aber nicht allein wenn auch ein rostzerfressener. Mit unerhört (ja unerhört!) leichtsinniger Hoesföstlich, von Dünaburg bis an Österreich-Ungarns Grenzpfähle laufen. Es wird aber stößt man auch den einzigen Damm ein gegen slawische Hochflut, hebt einen Brechpunkt in ihnen geben müssen, in dem sie nord-südlich sich hinziehen, den Sprachenparagaphen auf. Leistung und Gegenleistung. Wir wollen in Süden in Oberschlesiens Grubenbezirk endend. Diese Stellung wird nötig sein, wägen. Polens Traum geht in Erfüllung. Zum zweiten Male wird einem Land für den (nach Berliner Auffassungen undenkbar!) Fall, daß das von uns erlöste zur selbständigen Staatsform verholfen, das sich einer selbständigen Regierung Polen sich plötzlich Hand in Hand mit seinem blutsverwandten slawischen Bruder bis dato unfähig erwies! Es wird geschont in seinen Abgaben, gepflegt, ja wegen uns wendet. Dann gibt es einen Panthersprung zu Lande, der neue Ströme wöhnt. Und die 600 000 Legionäre? Der ‚rocher de bronze‘ im Osten? Schwierig auf Blut kosten wird. Ob sich dann aber der polenische, schlesische Pole, est satiram non scribere. Wie lange noch wird es dauern — ich schreibe das per doch auch — und dafür wird unser Klerus schon sorgen — ‚befreit‘ sein will, auch vollen Bewußtsein der Tragweite dieses Sakes — und man wird unser Besatzung noch so ehrlich und loyal gegen seinen Blutsbruder wenden wird? Wir heer ‚hinauskomplimentieren‘, so oder so, vielleicht in so grazioser Form, daß man nutzen ihm Angeheueres zu, eine unerhörte moralische Belastungsprobe. Wer diese noch ‚danke‘ sagen für den ‚angenehmen Aufenthalt‘. Und dann wird die Panthekämpfe in Ostgalizien — wie ich — mitgemacht hat, der weiß, was es heißt, läge ihren fleckigen, schönen, sehnigen Leib dehnen, und schnurren wie sie um ein Lande überall verraten zu sein. Die selbe Politik trieb Österreich ihre Krallen zeigen. Politische Dantbarkeit? Gibt's immer noch Phantasiengarn. Sollte sie bei uns genau den gegenteiligen Erfolg haben?

Zur Front mit einem Professor, der das noch behauptet — meinerwegen, wenn Die Zukunft wird's entscheiden. Ich werde es nicht mehr erleben. Aber er nicht R. V., in die Etappe! vorläufig: bleibe ich unbelehrbar. Zu so großem Optimismus kann ich mich nicht

Was wird uns Polen dann sagen, das freie Polen? Ihr Deutschen: Hiertsteigen. Das alles sage ich mir, wenn ich die sozialdemokratischen Friedensziele lese: habt uns befreit, das tatet ihr. Aber ihr habt uns unmittelbar danach des Siegel eine Annexionen, keine Kriegssentschädigungen! — Worauf ließe das hinaus?: daß Hand fühlen lassen mit hartem Griff. Das können wir euch nicht vergessen. Und Deutschland zwischen zwei nie für uns zu gewinnende Feinde gepreßt dann: Ihr schuft einen Torso. Nicht die heutigen Grenzen sind Altpolens Siedlung: Frankreich im Westen, Polen — mit dem russischen, riesigen Wetter land; viel weiter nach Westen weideten unsere Herden! Danzig war unser Stolz. wäre: Frankreich im Westen, Polen — mit dem russischen, riesigen Wetter Wir müssen — und das sind wir unseren Stammesbrüdern schuldig — die polnischen Hintergründe! — im Osten. Es ist etwas Grundverschiedenes, ob ich ein nischen Teile von Westpreußen, Posen, Schlesien haben. darf kontrolliertes, in seiner linken Flanke stets durch ein starkes deutsches Kron-

Dann gibt es plötzlich ‚unerlöste Polen‘! Hüben und drüben ein Ziehen und and (Kurland) bedrohtes Polenreich zum östlichen Nachbarn habe, ein Land, dessen Berren, Sotolfeiern, Verbrüderungsfeste. Und der weiße Adler streckt seine Fänge westliche Randprovinzen (Posen, Schlesien, Westpreußen) konsequent und plan- Daß dann ein starkes, schlagkräftiges Heer wie aus der Erde gestampft entsteht:mäßig vor zu starkem ‚Liebäugeln‘ geschützt werden — oder ob ich künstlich ein mit völlig ratlosem Erstaunen wird das dann plötzlich die Berliner Geheimratsach Stammesverwandtschaft politisch stets nach Osten orientiertes russisches Clique ‚konstatieren‘. Glaubt ihr, daß dieses Preußens ‚Militarismus‘ stärker Porland mit starkem Eigenheer schaffte, und gleichzeitig den gut bewährten Stau- wird? . . . Zu verschieden Temperament, Sitte, Lebensauffassung. Das Beste am nach dem Westen einreize, um der Verbrüderung der Polen diesseits und was im Laufe der kommenden zwei Generationen passieren könnte, wäre einenseits unserer bisherigen Grenze nur ja die Tore zu öffnen, sie zu erleichtern. erneut bewiesene Lebensunfähigkeit Neupolens. Dann käme es wieder zur Teilung Das Polenreich, wie ich es mir nicht wünschte, eine Frühgeburt, bei deren die vielleicht der Friedenspalast im Haag überwacht. Freilich, kein Bar wird diesen Laufe noch die merkwürdigsten Gäste die erstaunlichsten Tischreden halten werden — Alte präsidieren. Aber wer auf Rußlands Schwäche baut, gewaltig, furchtbar was haben wir geschaffen. Auch den Staudamm haben wir eingerissen. Fehlt bar irrt sich der. Der einmal erwachte Riese geht unendlich gestärkt aus den ur noch zur absoluten ‚Vervollkommnung unserer Landesicherheit‘ die ver-

räterische Preisgabe Rurlands. (Ich sage verräterisch: denn das Programm der Sozialdemokraten ist in diesem Punkte bestimmt wissentlicher Verrat, und ich wiederhole das Wort, denn wir würden das uns mit offenen erwartende Rurland von uns stoßen, verbittern in geradezu unerhörter Brutalität. Aber bei der großen Zahl von befreundeten Nationen, auf die uns ja, wie der Weltkrieg lehrt, wirklich heut gemeinsam mit unserem Geheimklügel verlassen können, — ist ja schließlich die Preisgabe eines treuen Freund leicht zu verschmerzen.)

Wenn wir diesen Erfolg im Osten, und keine Grenzveränderung im Westen erreicht, das Vlamenland wieder mit höflicher Verbeugung schutzlos den Franzosen preisgegeben haben, dann ist territorial zunächst das sozialdemokratische Friedensprogramm erreicht: Gratulor Germania. Mit verhülltem Antlitz lege die zwei Lorbeerkränze an dem Tage nieder, an dem die Friedensglocken läuten: einen zu Füßen des Bismarckdenkmals — ich schlage vor das Hamburger, als Symbols deutscher, urwüchsiger Kraft —, den anderen: auf den Gräbern der erschlagenen Söhne.

Fehlt noch, daß wir mit kurzen Worten den anderen Punkt des sozialdemokratischen Programms streifen: keine Entschädigungen.

Ist der Verzicht auf Annexionen (zum mindesten östliche) offensichtliche Landesverrat, so ist der Wunsch eines Friedens ohne materielle Entschädigungen der wohlgezielte Dolchstoß gegen den sogenannten Kapitalismus in Wahrheit aber der Todesstreich, der Deutschlands Wohlstand vernichtet. Erst wird der Frieden ohne Entschädigung durchgesetzt, — dann in diesem furchtbaren Kriege mit hundert Milliarden präsentiert werden. Das wird aber nicht nur jeder Sozialdemokrat, das weiß auch jeder klarsehende Politiker anderer Parteien, daß der Zinsen- und Amortisationsdienst solcher Last nur durch völlige Zertrümmerung aller nennenswerten Vermögen erfüllt werden kann, denn wie man über die Verschiebung der direkten zu den indirekten Steuern der — an ‚maßgebender‘ Stelle —, darüber bedürfen wir keiner Information mehr.

Allmählich wurde es einigen guten Patrioten, einem Teil der nationempfindenden Presse aber doch himmelangst. Ähnlich wie ich in meinen Ausführungen, mögen auch sie empfunden haben. Man verlangte Klarheit, Stellungnahme der Regierung um jeden Preis. Erfolg? Ein ‚hochoffiziöser‘ Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 25. d. M. — Inhalt? — Ich möchte nicht Unfug treiben in so ernster Stunde, mir fehlt der rechte Ausdruck. Ich begnüge mich mit dem Kommentar des Vorwärts: ‚Rein Nein — kein Ja!‘

Wie sagte Bethmann? ‚Wehe dem Staatsmanne, der heutigen Tages die Zeichen seiner Zeit nicht versteht!‘

Reote divinavisti! Doch eine Zwischenfrage sei erlaubt: Wen meint eigentlich der Kanzler? Ich möchte den Ausspruch dahin geändert wissen: ‚Wehe jedem deutschen Manne an verantwortlicher, an leitender Stelle, der mit dieser trübenden Flut weiter stromabwärts gleitet, der nicht sein Leben einsetzt, um gegen sie zu schwimmen!‘ Ich sagte weiter oben: ‚Was haben uns die letzten Monate gebracht wie hat sich unsere Lage verschoben?‘ In bonam — in malam partem? ‚Trenn-

scharf,‘ sagte ich, ‚Sie Volt in Waffen — dort Heimatvolt!‘ Nun gut. Ich tue und ziehe die Summe in dem lauten, bitteren Bekenntnis, das geboren ist aus Dankbarkeit bei Betrachtung unserer herrlichen Waffenerfolge, geboren aber auch aus der bitteren Not bei Betrachtung der Ereignisse, der Entwicklung hinter der Front: Wie bist du stark — Volt in Waffen — du und deine herrlichen Führer! Wie bist du zerfahren — Heimatvolt — du und deine verantwortlichen und unverantwortlichen Führer! Nicht Nachgiebigkeit allein kann gute bleibende Erfolge schaffen in solcher eiserner Zeit. Bindet den Helm fest, ihr leitenden Männer! Ihr kämpft gegen zwei Fronten: nach außen — nach innen! Nicht die Feder verlor, was das Schwert gewonnen. Einen faulen Frieden nach außen und nach innen: Ich möchte ihn nicht überleben!

Dann wäre es besser, uns träfe ein ähnliches Los wie die deutsche Eiche, von der der Dichter sagt: ‚Viel besser, daß sie im Sturme zerbricht — als daß sie lebend erfault!‘

Dieser Notschrei erscholl unter dem 27. Mai. Am 15. Juni brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Aufsatz, der in gewissem Sinne als ein Echo gelten darf. Anfänglich stellte er sich als ein unblutiger Waffengang mit dem Präsidenten Wilson dar, und man könnte ihn, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ (Nr. 302, 303) richtig bemerken, zu den übrigen legen, „wenn er nicht gleichzeitig Worte enthielte, die den schärfsten Widerspruch verdienen. Wie die Note Wilsons die Aufgabe hatte, Rußland zu umwerben, so ist der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ganz deutlich auch an die Adresse des russischen Volkes gerichtet. Man kann seinen Augen nicht, am Schlusse noch den Hinweis darauf, daß Rußland für seine Wünsche die Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kriegskontributionen geprägt hat, folgende Sätze zu lesen:

‚Diese Formel bildet keinerlei Hinderungsgrund für einen Frieden zwischen Rußland und den verbündeten Mächten, die von Rußland die Annexionen und Kontributionen gefordert haben. Die Mittelmächte und ihre Verbündeten wollen vielmehr in freier gegenseitiger Verständigung mit Rußland durch Ausgleich einen Zustand schaffen, der ihnen fortan ein friedliches und freundschaftliches Nebenaneinanderleben auf die Dauer gewährleistet.‘

Gibt es einen parlamentarischen Ausdruck, mit dem man diese Häufung politischer Irrtümer richtig kennzeichnen könnte? Jedenfalls muß man es ausprechen, daß uns mit diesem unzweideutigen Bekenntnis zu einem Frieden mit Rußland in diesem Augenblicke der Nachweis völliger Verstandnislosigkeit für die tatsächlichen Verhältnisse und die Wirkung politischer Aktionen erracht zu sein scheint. Wie muß es in dem Kopf eines deutschen Mannes aussehen, der heute noch daran glaubt, daß er durch die bedingungslose Annahme der russischen Friedensformel einen Sonderfrieden mit Rußland erreichen und den Eindruck des Zweifels an der Unbesiegbarkeit der deutschen Streitkräfte vermeiden könnte. Wie oft ist denn nun eigentlich schon die immer länger ausgestreckte Hand zum Frieden zurückgestoßen worden? Aber mit einer Zähigkeit und Verbissenheit (um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen), die einer besseren

Sache würdig wäre, wird die Reichsregierung nicht müde, immer wieder Friedensbereitschaft Rußland gegenüber zu betonen, bis sie nun soweit geht, Annexionen und Entschädigungen zu verzichten. Vergessen ist alle Not, unsere Ostpreußen beim Einbruch der russischen Horden und die nach Sibirien und ins Innere Asiens verschleppten Gefangenen ausgestanden haben, und vergessen auch, was der Kanzler einst am 5. April 1916 erklärte:

„Das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgegangen. Es gibt kein Zurück! . . . Rußland darf nicht zum zweiten Mal sein Heer an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen, nicht noch einmal das Weichsland als Einfahrt in das ungeschützte Deutschland einrichten lassen. . .“

Lange ist es her, daß man solche Worte von dem Manne hörte, den das Schicksal in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes zur Verschärfung seiner Forderungen und Räte auf den verantwortlichen Posten des Führers gesetzt hat; lange ist es her, daß man an solche Worte aus seinem Munde glaubte. Und von dem andern Wort: „Zum Kampfe entschlossen — zum Frieden bereit! Hat man zuletzt immer das: „Zum Frieden bereit“ gehört. Und das sollte nicht auch bei unseren Feinden den Eindruck der Schwäche erwecken?

Daß aber nur der Starke und der sich als stark auch Beigende von den Russen geachtet wird, erkennen wir aus dem Ruf nach einem Diktator und sei er von Englands Gnaden, der nun in Rußland erschallt. Rußland weiß, daß es England ausgeliefert ist, wenn es mit dem Verbanne siegt, aber hofft gleichwohl noch auf günstigere Lebensbedingungen für die Zukunft, wenn es seine Bündnispflichten nachkommt, als es von Deutschland bei einem Sonderfrieden mit Deutschland erwartet, zu dem es als militärisch Unterlegener bereit wäre. Die Hoffnung auf den Sieg Englands und Amerikas, so sehr sie die Russen enttäuschen wird, hält sie gleichwohl ab, an einen Sonderfrieden mit Deutschland auf nur zu denken.

Dieser Versuch aller politischer und geschichtlicher Erkenntnis harter Diplomatie ist im höchsten Grade bedauerlich. In welchen Händen liegt das Schicksal Deutschlands? Wie können wir auf eine friedlichere Zukunft hoffen, wenn wir Rußland — ganz gleich in welcher Staatsform — als Macht an unserer Ostgrenze behalten! Oder hofft man, am grünen Tisch der Friedensunterhändler die notwendigen Sicherheiten zu erreichen? Die Unabhängigkeit der Fremdvölker durchzusetzen auf dem Wege der freien Verständigung? Und womit will man dieses Ziel erreichen? Wo will man ausgleichen? Werden die russischen Fremdvölker an unserer Ostgrenze nicht unter deutschem Einfluß erhalten, so gibt es für uns keine Sicherung und keinen dauernden Frieden mit Rußland.

Das Schlimmste aber ist, daß man wieder von dem Versuch der Verständigung hört. Alle Erfahrungen mit England vor dem Kriege, alle Verständigungen, enttäuschungen dieser Jahre sind an gewissen Stellen offenbar wirkungslos geblieben, und das deutsche Volk muß wieder einmal erleben, daß es — siegreich und stark, wie nie zuvor — von der Regierung, die seine unbesiegbare Kraft und sein scharfes Schwert allein zur Formung deutscher Zukunft nützen sollte, zur Rol-

le um Frieden winselnden, an seiner Ausdauer verzweifelnden, tötungsvollen Friedensbettlers verurteilt wird — verurteilt wird, ohne selbst gehört zu werden.

Mußte das sein? Dafür hat das deutsche Volk gekämpft und geblutet? . . . Für Deutschland kann es keine Sicherheit und keinen dauernden Frieden mit Rußland geben, wenn die russischen Fremdvölker an unserer Ostgrenze nicht unter deutschem Einfluß gebracht und unter deutschem Einfluß dauernd gehalten werden. Diese Frage sollte heute eigentlich geklärt sein nach all dem, was er sie von Staatsmännern und Historikern im Laufe der Jahre gesagt und geschrieben worden ist. Für unsere Auffassung könnten wir sogar Herrn von Bethmann Hollweg selbst, der sich nun zu der Formel „ohne Annexionen und ohne Entschädigungen“ im Osten festgelegt hat, in Anspruch nehmen. In seiner schon vierten Rede in der Reichstagsitzung vom 5. April 1916 hat er wiederholt erklärt, daß wir notwendig zum Schutz unserer Ostgrenze das benachbarte und seit langem in deutschen Truppen besetzte Gebiet in irgendeiner Form fest in der Hand halten würden. Herr Asquith antwortete Herr von Bethmann Hollweg damals seine Forderung der Anerkennung des Nationalitätenprinzips:

„ . . . Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalitäten. Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und siegbaren Gegners versetzt, kann er annehmen, daß Deutschland die von ihm besetzten und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen freiwillig wieder dem Regiment der reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Esten oder Letten sein? . . .“

Sollen wir annehmen, daß der Wunsch der Reichsregierung, den Frieden mit Rußland sobald wie möglich herzustellen, sie zur Aufgabe dieses Zieles veranlaßt hat? Oder wäre es denkbar, daß jetzt der Ton auf die Worte „der reaktionäre Rußlands“ gelegt werden soll, und daß man glaubt, zwischen der Auslandspolitik der künftigen russischen Regierung und der früheren Regierung unter dem Zaren ein erheblicher Unterschied sein? Freilich verleiten einige Ausführungen in dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ von gestern zu der Annahme, daß die Reichsregierung an einen solchen Unterschied glaubt. Vielleicht hofft sie auch in der Zukunft zwischen Rußland und Deutschland eine Anzahl selbständiger Staatswesen von der russischen Knete befreiten Polen, Litauer, Balten oder Letten zu sehen, die uns als Pufferstaaten gute Dienste leisten werden. Diese Hoffnung würde uns trügen, wenn wir nicht die Gewähr hätten, daß die Pufferstaaten unter deutschem Einfluß ständen und wirtschaftlich abhängig vom deutschen Wirtschaftssystem würden.“

. . . So wiederholen die beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche mit einer unermesslichen Ausdauer, die den „Deutschen Kurier“ (Nr. 165) an strenge Befolgung aller vorgeschriebener Leibesübungen erinnert, in bald längeren, bald kürzeren Abständen, bald im Gleichklang, bald in Wechselstellung die vermeintlich drucksvolle Geste der lang, lang hingestreckten Friedenshand. Weder die schönste Lehne auf der Gegenseite, noch böswillige Ausdeutung als Friedenshunger

der Erschöpfung, weder schwerste Besorgnis der bewährtesten Vaterlandsfreudigen des künftigen Verhandlungspartners, als trachteten wir ihm im eigenen Lande, noch bedenklicher Befall der Anwälte eines Verkümmereheuerliches abzunehmen und aufzuerlegen. Andererseits verschlechtert das Friedens — keine noch so bittere Erfahrung und keine noch so naheliegende Liebäugeln mit einem allgemeinen Versöhnungs-, also Verzichtfrieden wägung vermag der fast schon zwangsläufig gewordenen Übung Einhalt unsere politische Gesamtstellung derart, daß unbeschadet unserer gewaltigen bieten: immer und immer wieder wird die Friedenshand von neuem ausgestreckt. Militärischen Erfolge Mister Wilson jetzt sogar schon die bloße Wieder-

Alle Bedenken, die wir den früheren Friedensanerbietungen Rußland gegenüber gestellt als unerhörte Annäherung Deutschlands, über vorgebracht haben, gelten naturgemäß jeder Wiederholung solcher als unerträgliche Bedrohung des Kulturfriedens der Menschheit hinsichtlich politischen Gymnastik gegenüber in verstärktem Maße; denn mit zu stellen wagt. Darf man sich darüber wundern, wenn man selbst nicht nur Wiederholung wächst die uns politisch so ungemein abträgliche Möglichkeit, einen politischen Kurpfuscher wie Scheidemann unbehindert sein Anerbietungen als Ausfluß unseres wachsenden Friedensbedürfnisses auszudehnen erbliches Wesen treiben läßt, sondern auch ganz- und halbamtlich immerzu wie es bislang noch jedesmal geschehen ist und dieses Mal sicher erst recht geschle politische Trümpe aus der Hand gibt? Gewiß, die Tatsachen, die wird. Nun ist ja freilich Politik eine Kunst und kein erlernbares Handwerk, unsere Helden von Heer und Flotte geschaffen haben, bleiben trotzdem bestehen; noch so hohes Lehrgeld kann man es daher in ihr nicht zur Meisterschaft bringen ihre politische Dauerwirkung hängt doch wesentlich davon ab, wie wir selbst aber ganz nutzlos sollten teuer bezahlte Erfahrungen doch eigentlich nicht bleibe im diplomatischen Feldzug ins Treffen führen, und es hieße die politische hat denn der Norddeutsche Leitartikler nie einen Blick in die ausländische Klugheit unserer Gegner gewaltig unterschätzen, wollte man annehmen, getan, nie dorthin das Echo seiner früheren Stilübungen vernommen? daß sie aus freien Stücken diesen militärischen Tatsachen eine Bedeutung glaubt er die bisherigen Mißerfolge seiner diplomatischen Taktik dadurch hinfort eilegten, die von Deutschlands politischer Leitung etwa aus Partgefühl glänzende Erfolge wandeln zu können, daß er seine bislang ins Gegenteil des für den besiegten Gegner nicht selbst ins rechte Licht gerückt wird.“

wünschten umschlagenden Mittel verdoppelt? Eine solche Verlängerung Als einen „Verzicht“ der deutschen Regierung auf die baltischen Pro-

Friedenshand ums Doppelte bedeutet es wenigstens äußerlich, wenn die pinzen faßt die „Deutsche Zeitung“ (Nr. 303) die Erklärung der „Norddeutschen deutsche bei ihrem neuesten Angebot sich ausdrücklich auf den Boden der russi Allgemeinen“ auf. „Das ist eine Tatsache von so ungeheurer Bedeutung, Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kriegskontributionen stellt und daß das ganze deutsche Volk sich aufrufen muß zu einmütigem Protest. erbetet, auf solchem Boden, in freier gegenseitiger Verständigung“ und „Ein großer Aufwand an Worten wird getrieben, um in Entgegnung auf die letzte Ausgleich“ die Grundlagen für ein zukünftiges, freundschaftliches Nebeneinander Note des amerikanischen Präsidenten Wilson an Rußland nachzuweisen, daß Deutsch-

leben“ zu schaffen. Nun hat ja freilich der Begriff, Annexionen“ sich neuerland eigentlich gar kein Kriegsziel habe und daß nur die Feinde Deutsch-

so widerspruchsvolle Deutungen gefallen lassen müssen, daß man nachgerade lands Erfolge aus diesem blutigsten aller Kriege ziehen wollten. Eine ungemein und nichts darunter verstehen kann. Will die Norddeutsche sich diese in Petersburg wichtige Stelle findet sich in dieser Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen wie in Paris, in London wie in Washington geübten Auslegungskünste zu Zeitung“, mit der die Anschauung vieler Patrioten bestätigt wird, daß die deutsche machen? Das würde dann ja freilich den sachlich auch ganz unmöglichen Ver Regierung im vorigen Jahre auf den Präsidenten Wilson als ehrlichen auf wirkliche Zukunftssicherungen gen Osten ausschalten, wäre allerdings ein Friedensmakler gehofft, in der deutschen Kriegsführung auf den Wunsch eigenartiger Kommentar zu dem von ihr selbst in der folgenden Zeile aufgeste Wilsons nach Friedensvermittlung nach seiner Wiederwahl Rücksicht genommen Grundsatz vollkommener Klarheit und Bestimmtheit“ und das deutsche Friedensangebot vom Dezember vorigen Jahres gemacht

Wir meinen in der Tat, daß auf wirkliche Klarheit und Bestimmtheit inhat, um die der deutschen Regierung bekannten Wünsche des Präsidenten Wilson östlichen Kriegszielfrage nicht nur das deutsche Volk, das die Leiden Ostpreu nach Friedensvermittlung zu unterstützen. Diese Stelle der Veröffentlichung der und die Opfer bei der Zurückdrängung der russischen Dampfwalze wie bei Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist so wichtig, daß sie hier noch einmal im Erstürmung des russischen Festungsgürtels noch nicht vergaß, nachgerade Ans Wortlaut angeführt werden soll: „Im Laufe des vorigen Jahres hat uns Präsident hat, sondern daß mit wirklicher Klarheit und Bestimmtheit auch gegenüber Wilson wiederholt erklärt, daß er den Frieden zu vermitteln wünsche, Petersburger Regierung am weitesten zu kommen ist. Was wir von Ruß daß er es aber nicht tun könne, ehe seine Wiederwahl gesichert sei. Aber verlangen müssen, um uns ohne bellemmende Sorgen wieder aufzubauen auch als dies geschehen war, konnte er zu keinem Entschluß kommen, obwohl wir Friedensarbeit hingeben zu können, das bedeutet für jenes Riesent ihm seine Aktion durch unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 verhältnismäßig so wenig, daß es sich damit die Befreiung von in jeder Weise erleichtert hatten.“ Die Veröffentlichung der „Norddeutschen angelsächsischen Blutsaugern diesseits und jenseits des Atlantik wir Allgemeinen Zeitung“ beweist eine bei der deutschen Regierung vorhanden ge- äußerst wohlfeil erkauft. Halten wir aber mit unseren tatsächlichen Sicher wese eine vollkommene Verkennung der Absichten des Präsidenten Wilson. forderungen nach wie vor hinterm Berge, so züchten wir damit geradezu Die Unkenntnis der deutschen Regierung von den englisch-amerikanischen

Zusammenhängen trat schon ganz im Anfang des Krieges hervor, als der Reichskanzler von Bethmann Hollweg den deutschen Kaiser in die peinliche Lage brachte, auf sein Hilfesuch an den amerikanischen Präsidenten, gelegentlich der feindlichen Dum-Dum-Grausamkeiten jene höhnische Antwort von jenseits des Ozeans einstecken zu müssen, er, der Menschenfreund Wilson, könne nicht Partei nehmen, er könne nichts weiter als zu Gott beten! Heute ist auch Wilsons offenes Kriegsziel die Vertreibung der Hohenzollerndynastie!

Nur aus so vorbereitetem Boden konnte ein Gewächs wie die im „Vorwärts“ veröffentlichte „Deutsche Denkschrift für Stockholm“ hervorgehen: „Welchen Charakter man von deutscher Seite den sogenannten Verhandlungen in Stockholm ohne Widerspruch beilegen ließ, zeigt schon gleich der zweite Titel, der dieser Veröffentlichung im „Vorwärts“ über drei Spalten hinweg gegeben wird. Die deutschen Sozialdemokraten in Stockholm fühlten sich von vornherein als die Angeklagten, die auf die ihnen gestellten Fragen eines hohen Gerichtshofes zu antworten hatten. Die „Antwort der deutschen Delegation auf die vom Stockholmer Komitee gestellten Fragen“ wird vom „Vorwärts“ mit einer ganz kurzen Einleitung versehen, die der Feststellung beginnt, die deutsche Sozialdemokratie erstrebe einen Frieden der Verständigung. Sie fordere — wohlgemerkt: auf einer internationalen sozialistischen Konferenz als Antwort auf die Frage, welches das Ziel der deutschen Sozialdemokratie nach diesem blutigsten aller Völkerringen sei —, sie fordere Gewähr der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des eigenen Volkes, sie fordere sie also von den von allen Mächten festzustellenden Friedensbedingungen. Daneben verurteile sie die Vergewaltigung Lebensinteressen der anderen Völker.

Von dieser allgemeinen Zielsetzung aus habe die deutsche Sozialdemokratie dem Vorschlag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats auf Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung die Zustimmung gegeben. Was bereits bekannt war, wird in den Antworten der Angeklagten in Stockholm noch einmal festgestellt: „Wir sind Gegner gewaltsamer Gebietsaneignung.“ „Die Aufzwingung einer Kriegsschädigung ist zu verwerfen, denn die ökonomische Versklavung eines Volkes durch das andere würde ein dauernden Frieden unmöglich machen.“ Wird soweit zunächst festgestellt, wird Deutschland als der Sieger nicht darf, so wird bei Erörterung der Frage der sogenannten „Wiederherstellung“ Deutschland gegen die Forderungen der Entente verteidigt, als ob Deutschland auf Grund der militärischen Kriegsschädigung überhaupt gezwungen werden könnte, diese Forderungen zu erfüllen. Ablehnung müsse die deutsche Delegation den Gedanken einer einseitigen Verpflichtung zur Wiederherstellung von Zerstörungen in den vom Krieg betroffenen Gebieten. Eine solche Schadenersatzpflicht, die bekanntlich von der Entente für Belgien, Nor frankreich, Serbien, Rumänien usw. gefordert wird, wäre nichts anderes als eine Kriegsschädigung in verschleierte Form. Unter dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen verstehe die Sozialdemokratie das Recht der Völker auf Au rechterhaltung oder Neuaufrichtung ihrer politischen Unabhängigkeit.

Ist hier nur von Völkern und Nationen die Rede, so wird dieser Begriff im ersten Satz gleich in den der „Staaten“ verwandelt, um für die Unabhängigkeit Staates Belgien, des Staates Serbien und „anderer Balkanstaaten“ eintreten können. Als besonders wichtig durch Druck hervorgehoben ist dann die Forderung der deutschen Sozialdemokraten vor dem Internationalen Gerichtshof in Stockholm, daß das unabhängige Belgien aus der Zeit vor dem Kriege wiederherge stellt werde und daß es kein Vasallenstaat Deutschlands werden dürfe!

Daß gleichzeitig damit die Forderung verbunden ist, es solle auch kein Vasallen- staat Englands oder Frankreichs werden, verschlägt nichts, weil es nach Lage der militärischen Entscheidung weder England noch Frankreich möglich wäre, würden wir Machtstandpunkt vertreten, die belgische Vasallenschaft aufzurichten, während andererseits, wenn wir uns nicht auf den Machtstandpunkt stellen, wenn wir das Belgien aus der Zeit vor dem Kriege wieder herstellen, mit zweifelsfreier Sicher- heit zu einer englischen Oberherrschaft über Belgien kommen würden.

Mit Hilfe des internationalen Rates wollen die deutschen sozialdemokratischen Vertreter in Stockholm auch die Ansprüche der in Nordschleswig, Posen und West- preußen sowie in Elsaß-Lothringen wohnenden Reichsangehörigen dänischer, polnischer und französischer Muttersprache nach Autonomie der Nationalitäten er- langen. Für Elsaß-Lothringen fordert man als internationale Friedens- bedingung die Gewährung voller Gleichberechtigung als selbständiger Bundesstaat innerhalb des Deutschen Reiches sowie den freiheitlichen demokratischen Ausbau seiner inneren Gesetzgebung und Verwaltung. Dabei schließe der Grundsatz eines Friedens ohne Annexion Vereinbarungen über Grenzberichtigungen, wo sie auch immer seien, nicht aus, was mit anderen Worten heißt, daß die deutschen sozial- demokratischen Vertreter in Stockholm auch in deutscher Landabtretung an Frankreich nichts Unnatürliches sehen würden. Herr Scheidemann hat dazu in Kopenhagen noch einen Kommentar gegeben: Deutschland träte keinen Fußbreit deutschen Bodens ab, doch verstehe man unter „deutschen“ Boden nur Elsaß, nicht etwa auch ganz Lothringen. In die Friedensverträge seien Abmachungen über eine Rüstungsbegrenzung zu Wasser und zu Land aufzunehmen, und die Kriege zulässigen Kriegsmittel seien vertraglich zu beschränken. Die Friedensbedingungen hätten also etwa die Abschaffung des deutschen Heeres und den Abbau der deutschen Flotte zu bestimmen und Deutschland das Recht der Verwendung von Unterseebooten grundsätzlich zu nehmen, wenn wie anders solche Abmachungen in die Friedensverträge aufzunehmen wären, durch Mehrheitsabstimmung gegen Deutschland, wenn man schon nicht den Machtstandpunkt gelten lassen will, ist uns unverständlich.

Das ganze durch das Verhalten der Regierung des Herrn von Bethmann gezeigte Machtbewußtsein der Getreuen um Scheidemann geht aus den Worten hervor, die der „Vorwärts“ seinerseits der Veröffentlichung anfügt. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie glaubten den Beweis erbracht zu haben, daß sie sich der hohen Aufgabe, dem Weltproletariat sein Eigendasein zum Bewußtsein zu bringen, stets bewußt geblieben sei und daß sie ihm auch dadurch keinen Abbruch getan hätte, daß sie für die Verteidigung des Landes eingetreten sei und noch eintrete.

Nach dieser Verteidigung des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ausland und vor den Feinden wird mit zynischer Offenheit festgestellt, wichtiger als die unvermeidlichen Begleitgeräusche im Deutschen Reiche stehe den Männern um Scheidemann die Aufnahme, die ihre Denkschrift bei dem Proletat des neutralen und des feindlichen Auslandes finden werde. Die feindlichen Sozialisten werden ermuntert: niemand erwarte und verlange, daß sie die deutschen Darlegungen als eine Heilsbotschaft aufnahmen, sie möchten die nationalen Interessen vertreten, wo sie diese nach ihrer Auffassung zu recht verkürzt fänden. Was die Denkschrift ausspreche, sei zwar nicht die Meinung der deutschen Regierung, aber die Denkschrift sei für die späteren Handlungen der deutschen Regierung nicht ohne Bedeutung. Drohend nach innen und aufmunternd nach außen heißt es: „die Sozialdemokratie ist für Deutschland eine aufsteigende Macht!“ Die deutsche Sozialdemokratie werde eine der Garantien der kommenden internationalen Verträge sein.

Man fragt sich mit Recht im deutschen Volke, welche schwerwiegenden Gründe für die Regierung Herrn von Bethmann Hollwegs maßgebend sind, so gar ernsthaft den Versuch zu machen, diesen eitlen Führer der deutschen Sozialdemokratie unmißverständlich von den Rockschößen abzuschütteln. Man fragt sich besonders auf Grund welcher Tatsachen — etwa Versprechungen oder Bindungen — Scheidemann einmal sagen konnte, wenn Deutschland nun doch letzten Endes positive Kriegsziele haben sollte, wenn im Frieden schließlich von Deutschland doch die genannten Annexionen erlangt werden würden, dann seien ja sie, Herr Scheidemann und Genossen, während der drei ganzen Jahre des Krieges genarrt, betrogen worden, und sie würden daraus die Konsequenzen ziehen. Die Drohung mit der Revolution war nicht weit entfernt von diesen Worten. Und man fragt sich besorgt, auf wen diese Worte Scheidemanns hinarbeiten sollten. Waren sie nur gegen Bethmann gemeint? Oder zielten sie auch noch gegen eine andere Stelle?

Der dänische sozialdemokratische Minister Stauning hat gesagt, die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie habe in Stockholm erklärt, daß die deutsche sozialdemokratische Minderheit genau dieselbe Auffassung, namentlich über Elsaß-Lothringen habe, wie die Mehrheit, und deren Auffassung sei auch diejenige des Reichskanzlers. Nach solchen Worten ist auch verständlich, daß Scheidemann selbst sich um die Gewährung der Pässe für Stockholm an die Vertreter der Minderheit bemüht und diesen Minderheitsvertretern auch finanziell die Reise nach Stockholm ermöglicht hat.

Welchen Zielen diese „Minderheit“ letzten Endes nachgeht, aber auch, wie sie der bestehenden staatlichen Ordnung und Verfassung gegenübertritt, unverkümmert gegenüberzutreten in der Lage ist, darf (mit Ausnahme vielleicht der „Norddeutschen Allgemeinen“) als bekannt vorausgesetzt werden. — Harren wir denn Geduld und Ergebung der Entscheidungen, die Herr Scheidemann und Genossen in rückhaltlos vertrauensvollem Zusammenwirken mit der feindlichen „Internationale“ über gegenwärtiges und künftiges Geschick des seiner Führung unterstellten deutschen Volkes treffen werden.



